

Weiss



S. 12

Prämien senken, Mittelstand entlasten

S. 8
Soziale Sicherheit
in Liechtenstein

S. 16
Mehr Prävention im
Gesundheitswesen

S. 18
Klimaschutz ist
ein Menschenrecht!

Liebe Leser:innen

«Was mit Geld zusammenhängt, bereitet am meisten Sorgen», titelt der Beitrag zu den drängendsten Problemen der Liechtensteiner Bevölkerung im Vaterlandmagazin zum Staatsfeiertag. Gesundheitskosten, Lebenshaltungskosten, Immobilienpreise und die Finanzierung der Altersvorsorge und Renten reihen sich in die unrühmlichen Top 5 des Sorgenbarometers ein. Die unverzichtbaren Ausgaben für das alltägliche Leben und der Gedanke an die Haushaltskasse im Alter bereiten über einem Drittel der Befragten Kopfzerbrechen. Sogar über die Hälfte gab an, dass sie sich Sorgen um die Gesundheitskosten machen. Geldsorgen sind also längst nicht mehr «nur» das Problem einer Randgruppe, sie existieren neben der Lohnarbeit und sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Die Freie Liste hat immer wieder Mittel und Wege in diversen Handlungsräumen zur Diskussion gestellt, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken und ihre Ursachen zu bekämpfen. Einige davon finden sich auf den nachfolgenden Seiten wieder. Diese Ausgabe fokussiert sich allerdings auf einen Bereich und einen konkreten Lösungsansatz: Die Gesundheitskosten und die Einführung einer erwerbsabhängigen Krankenkassenprämie. Dabei werden einerseits die Ursachen der steigenden Gesundheitskosten im Allgemeinen aufgegriffen, ihr Zusammenspiel mit anderen Krisenherden verdeutlicht und mögliche Gegenmassnahmen veranschaulicht. Während diese Beiträge eine längerfristige Perspektive bieten, konzentrieren wir uns mit der Initiative für eine erwerbsabhängige Krankenkasse auf die akute finanzielle Entlastung von Privatpersonen. Nicht nur das Sorgenbarometer, sondern auch ein Blick in die aktuellen Statistiken zeigt, weshalb dieser Weg jetzt umgehend eingeschlagen werden muss. Mit dem Start der Unterschriftensammlung ist ein erster Schritt bereits gemacht, für alle weiteren brauchen wir die breite Unterstützung der Zivilgesellschaft. Deshalb bitten wir alle, die ein Zeichen gegen die aktuellen Entwicklungen setzen wollen, sich aktiv an der Unterschriftensammlung zu beteiligen. Dafür liegt dieser Ausgabe bereits ein frankierter Unterschriftenbogen bei, weitere können auf www.praemien.li heruntergeladen werden. Vielen Dank!

Herzliche Grüsse

Tatjana As'Ad

Co-Geschäftsstellenleiterin der Freien Liste



sozial
S. 8

Wie steht es um die soziale Sicherheit in Liechtenstein?

ökologisch
S. 16

Mehr Prävention im Gesundheitswesen



ökologisch
S. 18

Klimaschutz ist ein Menschenrecht!

Inhalt

S. 6
Abstimmungsempfehlungen

S. 7
Stillstand durchbrechen, Chancen schaffen

S. 8
Wie steht es um die soziale Sicherheit in Liechtenstein?

Ein Blick in die Statistiken und die Einordnung der Daten geben Auskunft über den aktuellen Stand der sozialen Sicherheit. Was sich mit Sicherheit feststellen lässt, ist der Abbau des Sozialstaats. Die Auswirkungen davon sind besorgniserregend für viele Menschen in Liechtenstein.

S. 12
Prämien senken, Mittelstand entlasten

Die alltäglichen Ausgaben sind in den vergangenen Jahren so drastisch gestiegen, dass die real verfügbaren Einkommen abnehmen. Ein Kostenpunkt bereitet zunehmend Probleme: Die Kopfprämien für die obligatorische Krankenversicherung. Sie belasten insbesondere den Mittelstand stark. Mit der Initiative für erwerbsabhängige Krankenkassenprämien soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden.

S. 14
Testimonials der Gemeinderät:innen

S. 16
Mehr Prävention im Gesundheitswesen

Bei der «Krankenversicherung» ist der Name Programm. Sie ist auf Krankheit ausgelegt, nicht auf Gesundheit. Dabei sollten gesundheitsfördernde Präventionsmassnahmen im Kampf gegen die steigenden Gesundheitskosten unbedingt mitgedacht werden.

S. 18
Klimaschutz ist ein Menschenrecht!

Weshalb Klimapolitik in einer immer heisser werdenden Welt auch eine Frage der Gerechtigkeit ist.

S. 20
Wir haben einen medizinischen Notfall: Die Klimakrise

Die Klimakrise sorgt nicht nur dafür, dass Naturkatastrophen zunehmen. Die Klimaerwärmung hat auch direkte Folgen für unsere Gesundheit. Höchste Zeit, den medizinischen Notfall nicht länger im Wartezimmer sitzen zu lassen.

S. 21
«Pink Tax» und reale Steuerungerechtigkeit

S. 22
Für ein öffentlich-rechtliches Radio und Medienvielfalt

Die Hürden der «einfachen» Initiative

Mit dem direktdemokratischen Mittel der einfachen Initiative können Bürger:innen Lösungen zu drängenden Problemen anregen. Im Zentrum steht dabei die Forderung der Initiant:innen. Wie die Forderung im Detail erreicht werden soll, wird dabei nicht definiert. Die Ausarbeitung wird dem Landtag und indirekt der Regierung überlassen. Gerade bei komplexen Fragestellungen, die umfassende Expertise und breit abgestützte, überparteiliche Lösungsansätze erfordern, ist die Beauftragung der Volksvertretung durchaus sinnvoll. Die Krux ist, dass das einfache Initiativbegehren auch nach einer erfolgreichen Unterschriftensammlung keinen verbindlichen Anspruch entfaltet. Im Gegenteil: Bislang führte keine einzige zustandegekommene einfache Initiative, trotz dem Bekenntnis aus der Bevölkerung, zu weiteren Schritten. Das liegt daran, dass der Landtag die einfache Initiative abschliessend behandeln kann. Im besten Fall stimmt der Landtag direkt zu und erledigt die Anregung im Sinne der Initiant:innen. Lehnen die Abgeordneten die Initiative allerdings ab, fällt sie dahin, ausser der Landtag beschliesst von sich aus eine Volksbefragung. Im Gegensatz zum Vorgehen bei formulierten Initiativen folgt die Volksabstimmung hier also nicht zwingend. Damit auf die Unterschriftensammlung zur Initiative für erwerbsabhängige Krankenkassenprämien auch wirklich weitere Schritte folgen, braucht es also ein deutliches Signal aus der Zivilbevölkerung.

Freie Liste

Fürst-Franz-Josef-Strasse 5
9490 Vaduz
T +423 231 17 31
info@freieliste.li
www.freieliste.li
www.instagram.com/freieliste

Impressum

Magazin der Freien Liste, © 2024
Verantwortlich für den Inhalt Freie Liste
Gestaltung Tandem Est., tandem-studio.cc, Vaduz
Druck Somedia AG, Chur
Bildnachweise Portraits: Martin Walser, Vaduz;
Anna Becker, Vaduz; Moris Frommelt, Vaduz;
istockphoto.com; Markus Spiske, unsplash.com;
Shervine Navissi, Greenpeace
Auflage 22'018 Exemplare

Abstimmungs-empfehlungen

Nein zum IWF-Beitritt

Mit 19 Stimmen hat der Landtag im Mai den Beitritt Liechtensteins zum Internationalen Währungsfonds (IWF) beschlossen. Eine Zweckgemeinschaft aus Landtagsabgeordneten bis hin zu Personen, die am rechten Rand des Spektrums politisieren, ergriffen das Referendum. Auch die Freie Liste steht dem IWF-Beitritt kritisch gegenüber, die Gründe dafür unterscheiden sich in grossen Teilen aber von denen des Referendumskomitees.

Die Regierung und Grossparteien sehen im IWF die Chance auf eine günstige finanzielle Schutzgarantie und einen wichtigen Schritt für die internationale Anerkennung des Landes. Im Katastrophenfall mag ersteres insbesondere für Liechtenstein stimmen. Anderenorts ist der Preis mitunter allerdings hoch: Der IWF ist als Organisation für langfristige Schäden in Ländern des Globalen Südens mitverantwortlich. Kreditvergaben haben immer wieder zu massivem Sozialstaatabbau geführt, strukturelle Ungerechtigkeiten und Abhängigkeiten wurden befeuert. Die Stimmkraft im IWF orientiert sich zudem nicht an demokratischen Werten, sondern an Kapital. Auch mit einem Beitritt hat Liechtenstein entsprechend kaum bis keine Möglichkeit, die Vorgänge im IWF ökologisch und sozial nachhaltig zu gestalten. Mit Blick auf die internationale Verantwortung, die die Freie Liste wahrnehmen möchte, hat sich eine Mehrheit der anwesenden Mitglieder an der letzten Freie-Liste-Versammlung gegen den Beitritt zum IWF ausgesprochen.

Nein zur Privatisierung von Radio L

Das Radio L ist seit einigen Jahren ein besonderes Politikum. Interne Querelen, ungenügende journalistische Leistungen und immer neue Ergänzungs- und Notfallkredite schürten berechtigte Kritik am Landessender. Nun wurde die Initiative zur Abschaffung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk (LRF) ergriffen. Geschaffen wurde die Gesetzgebung vor knapp 20 Jahren, als festgestellt wurde, dass sich ein Radio aus privater Hand nicht finanzieren liesse.

Mit dem Volksblatt-Aus ist bereits eine grosse Lücke in unserer Medienlandschaft entstanden. Für eine funktionierende Demokratie muss die Medienvielfalt und damit die vierte Gewalt dringend gewahrt werden. Mehr dazu kann im Text von Tobias Gassner auf Seite 22 nachgelesen werden. Ob bewusst gewollt oder bloss in Kauf genommen, die Initiative der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) wäre das Ende eines weiteren Medienunternehmens. Trotz Kontroversen und berechtigter Kritik am aktuellen Betrieb hat sich die Basis der Freien Liste an der Mitgliederversammlung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ausgesprochen. Die anwesenden Mitglieder haben einstimmig die Nein-Parole zur Initiative zur Abschaffung des Gesetzes über den Liechtensteinischen Rundfunk gefasst. Unverhandelbar ist dabei, dass die Regierung und die Führungsgremien konsequent an der Verbesserung des Radios und insbesondere an der Einhaltung des Programmauftrags arbeiten müssen.

Stillstand durchbrechen, Chancen schaffen

Liechtenstein kann mehr, davon ist die Freie Liste überzeugt. Diese Überzeugung hat im Jahr 1985 zur Parteigründung geführt und ist bis heute eine wichtige Triebkraft für unser politisches Engagement. Getragen wurde sie immer wieder von der Hoffnung, die die kleinen und grossen Erfolge für ein soziales, demokratisches und ökologisches Liechtenstein mit sich brachten.

Im Gründungsjahr schöpften viele Hoffnung daraus, dass Liechtenstein kurz zuvor das Wahl- und Stimmrecht für Frauen einführte. Wohlgerneht als letztes Land in Europa und erst nach einem langen Kampf. Ein Kampf, der dort nicht aufhörte, weitere Erfolge feiern konnte und trotzdem auch heute noch geführt werden muss. Denn auch 40 Jahre später stehen wir in puncto Demokratie und Gleichstellung vor grossen Herausforderungen. Hinzu kommen weitere Schauplätze, etwa der fortschreitende Klimawandel und die wachsende soziale Ungleichheit.

In all diesen Punkten kann Liechtenstein mehr, auch wenn der Stillstand bei drängenden Fragen und wachsenden Problemstellungen die Hoffnung trübt. Die letzten Jahre waren von einer zerstrittenen Regierungskoalition gezeichnet, die allzu oft nach einfachen Antworten suchte, statt sich für die Beste zu entscheiden. Halbherzige Vorstösse zu Wahlversprechen und der Abbau des Service Public sind das Resultat davon. Dabei müssten wir anpacken, Chancen und Lösungen schaffen, statt abzuwarten. Liechtenstein darf nicht mehr nur verwaltet, sondern muss endlich wieder aktiv gestaltet werden. Deshalb erheben wir unsere Stimme für ein konstruktives Miteinander, für soziale Sicherheit, konsequente Klimapolitik und echte Chancengerechtigkeit.

Gemeinsam können wir Wohlstand für alle schaffen. Ein Liechtenstein, in dem das eigene Geld zum Leben reicht, ist mög-

lich. Mit fairen Löhnen, die mit den steigenden Lebenshaltungskosten Schritt halten. Mit einer guten Gesundheitsversorgung und bezahlbaren Krankenkassenprämien. Und mit einer Politik, die erschwinglichen Wohnraum schafft und spekulativen Profiten den Riegel vorschiebt.

Gemeinsam können wir eine nachhaltige Zukunft schaffen. Deshalb setzen wir uns für ein ökologisches Liechtenstein und sozialverträgliche Klimapolitik ein. Es ist höchste Zeit, der Natur genug Platz zu reservieren, unsere Biodiversität zu schützen und die Lebensgrundlage der kommenden Generationen zu sichern. Mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien, mit einem starken öffentlichen Verkehr und mit einer Raumplanung, die Mensch und Umwelt ins Zentrum stellt.

Gemeinsam können wir gleichwertige Lebensmodelle schaffen. Wie Selbstverwirklichung, Familienplanung und Aufgabenteilung, Bildungschancen und Karrieremöglichkeiten für jede:n Einzelne:n aus-

sehen, soll nicht von äusseren Umständen vorbestimmt oder eingeschränkt sein. Wir wollen Hürden abbauen und Ungleichheit verringern. Über die Förderung von Teilzeitarbeit und mit einer grosszügigen Elternzeit, für Gleichstellung in der Arbeitswelt. Mit der Integration von Menschen mit Behinderung in politische Prozesse und das Erwerbsleben. Mit früher Förderung und einem Bildungssystem, das lebenslanges Lernen ermöglicht. Und mit der Bekämpfung von Diskriminierung jeglicher Art.

An den Landtagswahlen 2025 können stillstehende Machtverhältnisse durchbrochen und Chancen für ein soziales, demokratisches und ökologisches Liechtenstein geschaffen werden. Wir sind bereit, diese Herausforderung anzugehen.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle der Freien Liste



Der Vorstand und die Geschäftsstelle der Freien Liste v.l.n.r.: Valentin Ritter, Beatrix Senften, Tatjana As'Ad, Manuela Haldner-Schierscher, Isabelle von Salis, Tobias Gassner und Daniel Walser



Wie steht es um die soziale Sicherheit in Liechtenstein?

Samuel Schurte
Vorstandsmitglied der Jungen Liste

Valentin Ritter
Vorstandsmitglied der Freien Liste

Ein Blick in die neusten Statistiken und eine kritische Einordnung der Daten ermöglichen einen Überblick über den Stand der sozialen Sicherheit in Liechtenstein. Eines kann schon vorab mit Sicherheit gesagt werden: Der vor Jahren begonnene Abbau des Sozialstaats ist in vollem Gange. Die Auswirkungen davon sind spürbar und besorgniserregend für viele Menschen in Liechtenstein.

Gesundheitskosten

Die obligatorische Kranken- und Pflegeversicherung (OKP) ist das Herzstück der medizinischen Grundversorgung und steht im Zentrum der politischen Debatte um die soziale Sicherheit. Derzeit betragen die Kosten für die OKP über 200 Millionen Franken. Der Betrag hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren verdoppelt, Tendenz steigend.

Einer der Hauptgründe für das Kostenwachstum ist die steigende Nachfrage. Mechanismen, die die Gesundheitskosten eindämmen könnten, wurden in den vergangenen Jahren kaum angegangen oder gar abgebaut. So etwa wurde das erfolgreiche Hausärzt:innenmodell in Liechtenstein abgeschafft, obwohl es sich kostensenkend auswirken würde. Der Kostenexplosion könnten wir ausserdem entgegenwirken, wenn wir mehr Geld in die Prävention von Krankheiten investieren würden. Die günstigste Krankheit ist schliesslich immer noch die, die gar nicht erst behandelt werden muss. Bisher wird dieser Ansatz kaum verfolgt. Auf Seite 16 greift Patrick Risch diesen Missstand ausführlicher auf und zeigt, welches Wirkungspotenzial ein Wandel in der Gesundheitspolitik haben könnte.

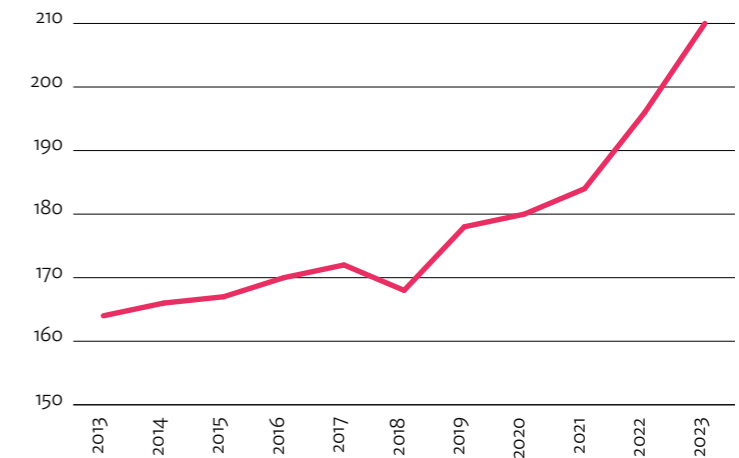
Die günstigste Krankheit ist die, die gar nicht erst behandelt werden muss.

Von den Gesundheitskosten wird nur ein geringer Teil, rund 20 Prozent, staatlich finanziert. Jährlich versucht die Freie Liste den Staatsbeitrag an die OKP zu erhöhen, um Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen zu entlasten. Dass auf Kosten der Gesundheit unserer Bevölkerung gespart wird, ist für uns unverständlich. Tatsächlich passiert aber genau das: Aktuell liegt der OKP-Staatsbeitrag bei 38 Millionen Franken, noch vor einigen Jahren lag er bei knapp 60 Millionen Franken.

Über eine staatliche Mitfinanzierung lassen sich die Kosten fairer verteilen. Durch das progressive Steuersystem werden tiefe und durchschnittliche Einkommen und Vermögen weniger stark zur Kasse gebeten als Überreiche. Bei den

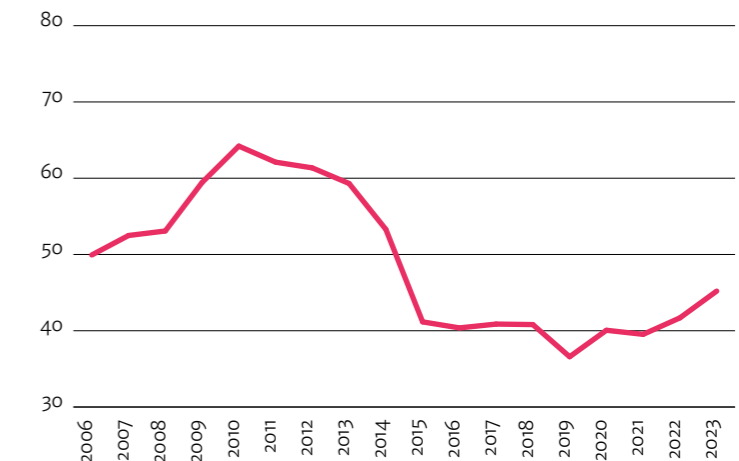
Kostenentwicklung OKP

in CHF Mio.



Staatsbeitrag an Krankenversicherer (insgesamt)

in CHF Mio.



Steuerabgaben wird das individuelle Haushaltsbudget also berücksichtigt. Im Gegensatz dazu fliesst dieser Faktor in die Berechnung der Versicherungsprämien nicht ein. Auch aufgrund der geringen Beteiligung des Staates an die Gesundheitskosten wäre eine erwerbsabhängige Krankenkassenprämie die bessere Alternative zum aktuellen System, dazu aber später mehr.

Krankenkassenprämien

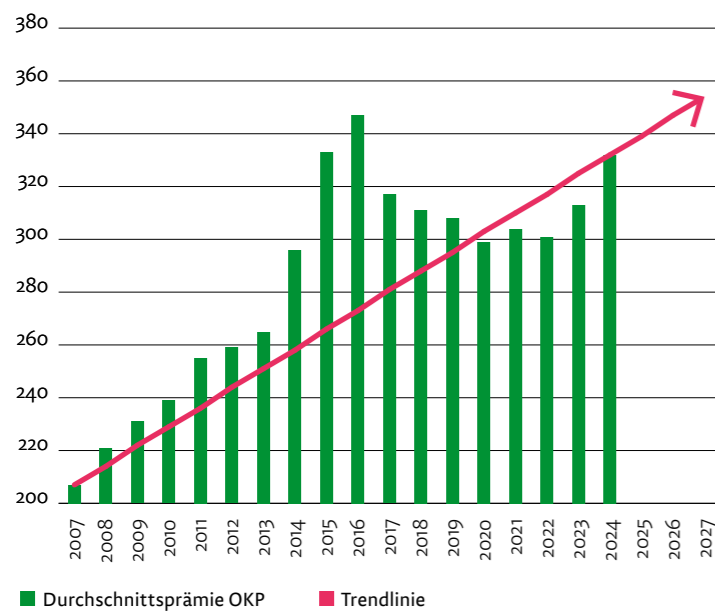
Aktuell zahlt man in Liechtenstein eine Kopfprämie. Die OKP-Prämie wird von

den Kassen festgelegt und ist demnach für alle Versicherungspflichtigen (ab dem 20. Lebensjahr und bei der gleichen Kasse) gleich hoch. Die Höhe der Prämien unterliegt starken Schwankungen. Grundsätzlich nehmen die Kosten aber zu: Seit 2007 ist die durchschnittliche OKP-Prämie um mehr als 60 Prozent gestiegen.

Die Kopfprämie belastet vor allem die unteren Einkommensschichten und den Mittelstand stark. Sie tragen bei der Finanzierung der medizinischen Grundversorgung die Hauptlast. Die Prämienverbilligung, die zumindest Personen mit be-

Durchschnittsprämie Erwachsene ohne Unfall

in CHF



sonders tiefem Einkommen entlasten soll, wirkt gemäss Armutsbericht auch nur begrenzt. Während die Prämien und weitere Kosten jährlich steigen, wurde die Grenze der Anspruchsberechtigung auf Prämienverbilligung ausserdem 2019 das letzte Mal angepasst. Um wirklich alle Familien und Einzelpersonen zu erreichen, die auf Unterstützung angewiesen sind, hätten die Beiträge längst erhöht werden müssen. Die Belastung geht also weit über die Grenzen der Prämienverbilligung hinaus. Personen mit hohem Einkommen und grossem Vermögen hingegen werden vom System bevorzugt, weil sie nur einen sehr geringen Teil ihrer finanziellen Ressourcen beitragen müssen.

Löhne

Das Lohnwachstum kann mit der Prämienentwicklung nicht Schritt halten. Im Vergleich zu den stark steigenden Prämien wurden die Löhne in der gleichen Zeit nur unzureichend erhöht. In Kombination mit der allgemeinen Teuerung der letzten Jahre führen die geringen Erhöhungen dazu, dass die realen Löhne durchschnittlich abgenommen haben.

Wohnraum

Ein Grundstück mit Eigenheim zu erben oder die dafür benötigten finanziellen Mittel selbst ansparen zu können, ist für einen grossen Teil der Bevölkerung unerreichbar geworden. Damit steigt der Bedarf an Mietobjekten. Insbesondere junge Menschen und Familien tun sich bei der Wohnungssuche zunehmend schwer, denn «seit 2010 zeigt sich ein leicht sinkendes Angebot an günstigem Wohnraum»¹. Neben der allgemeinen Teuerung und den Prämien sind hohe Wohnkosten und steigende Mieten eine Belastung für viele Haushalte.

Erkenntnisse aus dem Armutsbericht

Die Armutsgefährdung in Liechtenstein nimmt zu. Der Graben zwischen den reichen und durchschnittlich vermögenden Mitgliedern unserer Gesellschaft wird immer grösser. Die Schere zwischen Arm und Reich geht entsprechend noch weiter auseinander. Und das in einem Ausmass, das auch im internationalen Vergleich auffallend gravierend ist: «Von den EWR-Staaten zeigen nur Lettland, Litauen und Bulgarien

eine ungleichere Verteilung von Einkommen»². Noch schlechter sieht es bei der Verteilung von Vermögen aus: «Ein Viertel der Haushalte verfügte über ein Nettovermögen von mehr als CHF 556'300.– und ein Viertel über eines von CHF 8'100.– oder weniger»³.

Erwerbsabhängige Krankenkasse, ein Beitrag zur sozialen Sicherheit

Die Entwicklungen, die uns die Krankenkassen- und Lohnstatistik sowie der Armutsbericht aufzeigen, müssen von der Politik ernst genommen werden. Soziale Sicherheit ist Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt und den Erhalt von Wohlstand.

Gerade die Belastung durch hohe Krankenkassenprämien reicht weit in den Mittelstand hinein.

Gerade die Belastung durch hohe Krankenkassenprämien reicht weit in den Mittelstand hinein. Die Regierung hat keine Pläne vorgelegt, um auch nur einer der negativen Entwicklungen, die im neusten Armutsbericht aufgeführt sind, entgegenzuwirken. Das bestehende Gesundheitssystem garantiert weder, dass Prämien für Haushalte bezahlbar bleiben, noch führt es dazu, dass die Gesundheitskosten stabil bleiben. Dieses unvorhersehbare Kostenchaos belastet den Grossteil der liechtensteinischen Bevölkerung. Mit der Initiative für eine erwerbsabhängige Krankenkasse können wir eine der höchsten monatlichen Rechnungen unserer Haushalte senken und damit ein grosses Stück soziale Sicherheit schaffen.

Die erwerbsabhängige Krankenkasse hat ein einfaches Prinzip: Wie hoch die obligatorische Prämie ausfällt, soll von Einkommen und Vermögen abhängig sein. Relevant für die Bemessung wäre etwa der steuerbare Erwerb, wie er auf der Steuererklärung (Ziffer 21) ausgewiesen wird. Er setzt sich aus dem gesamten verfügbaren Einkommen und dem Sollertrag auf Vermögen (4 Prozent) zusammen. Von diesem Betrag wird die Prämie abhängig gemacht. Das Prinzip ist dem der AHV ähnlich,

Die einfache Initiative

Bei den Ausführungen und Berechnungen im Text handelt es sich um einen Lösungsvorschlag, der nicht abschliessend vorgegeben ist. Mit der einfachen Initiative wird lediglich die Grundsatzforderung einer erwerbsabhängigen Krankenkassenprämie definiert. Eine konkrete Ausarbeitung würde letztlich aber durch den Landtag und/oder die Regierung vorgenommen. Entsprechend kann sie von unserem Ansatz abweichen. Ziel ist es, in überparteilicher Zusammenarbeit die beste Lösung für die Gesamtbevölkerung zu finden und damit ein Stück soziale Sicherheit zu schaffen.

nur dass es keine Lohnbeiträge sind, sondern Beiträge, die anhand des steuerbaren Erwerbs berechnet werden. Aus zwei Gründen ist das sinnvoll: Einerseits kann so auch das Vermögen und nicht nur das Einkommen berücksichtigt werden. Andererseits kann die Prämie auch für Personen berechnet werden, die nicht mehr erwerbstätig sind.

Der Grossteil der Bevölkerung wird von dieser Form der Prämienberechnung profitieren. Auch eine Familie mit einem kleinen Eigenheim und durchschnittlichem Lohn gehört in Liechtenstein zum Mittelstand der Gesellschaft – und damit zur Bevölkerungsgruppe, auf die diese Initiative bewusst abzielt. Liechtenstein und die Schweiz sind die letzten Länder in Europa, die an der unfairen Kopfprämie festhalten. Und dabei wüssten wir es aus eigener Erfahrung eigentlich besser. Schliesslich entlasten die AHV oder das Steuersystem den Mittelstand durch eine faire Aufteilung gezielt und tragen damit zur Sicherheit für die Gesamtbevölkerung bei.

Prämienrechner

Gemäss Amt für Statistik liegt der mittlere Wert des steuerbaren Gesamterwerbs (Steuererklärung Ziffer 21) bei CHF 42'671.–. Daraus würde sich mit einem erwerbsabhängigen Modell und einem Beitragssatz von 6 Prozent eine monatliche Prämie von CHF 213.– ergeben. Personen, die einen

mittleren steuerbaren Erwerb aufweisen, könnten also etwa 100 Franken monatliche Prämie sparen.

$$42'671 \times 0,06 / 12 = 213,36 \text{ CHF} = \text{Monatliche Prämie}$$

Wer also ein mittleres verfügbares Einkommen und ein kleines Vermögen besitzt, profitiert von einer erwerbsabhängigen Krankenkasse. Selbst Personen mit überdurchschnittlichem steuerbarem Erwerb profitieren von einer erwerbsabhängigen OKP-Prämie. Mit einem Beitragssatz von 6 Prozent könnte die erwerbsabhängige Krankenkasse kostenneutral eingeführt werden. Gemäss Regierung würde sich der staatliche Finanzierungsbedarf bei diesem Vorschlag auf rund 48 Millionen Franken belaufen. Damit liegt der Betrag sogar knapp unter dem, der heute über den OKP-Beitrag und die Prämienverbilligung staatlich finanziert wird. Zusatzleistungen, die Anspruchsberechtigte zu Bittstellenden machen und in der Verwaltung aufwendig sind, wären damit hinfällig. Mit einer erwerbsabhängigen Krankenkasse zahlt jede:r genau so viel, wie es für das eigene Einkommen und Vermögen angemessen ist.



Samuel Schurte
Vorstandsmitglied der Jungen Liste



Samuel ist Gründungsmitglied der Jungen Liste und war dort bis September 2024 im Vorstand tätig. Soziale Gerechtigkeit und Demokratie sind seine Hauptanliegen. Seit Anfang des Jahres ist er aktiv an der Prämieninitiative der Freien Liste beteiligt.

Valentin Ritter
Vorstandsmitglied



Valentin ist seit 2023 Vorstandsmitglied der Freien Liste. Sein politisches Engagement begann aber viel früher. Er ist Gründungsmitglied der Klimabewegung in Liechtenstein und war im Vorstand der Jungen Liste. Heute studiert er Rechtswissenschaften in Basel und ist mitverantwortlich für die politische Arbeit und Kommunikation der Partei.

¹ Armutsgefährdung und Armut 2020. Seite 17. Amt für Statistik. | ² Armutsgefährdung und Armut 2020. Seite 13. Amt für Statistik. | ³ Armutsgefährdung und Armut 2020. Seite 20. Amt für Statistik.

Prämien senken, Mittelstand entlasten

Tatjana As'Ad

Co-Geschäftsstellenleiterin

Die Lohnstatistik 2022 hält fest, was viele Menschen im Alltag spüren: In den vergangenen Jahren sind die Kosten für den Lebensunterhalt, Freizeitangebote und Miete so drastisch gestiegen, dass das real verfügbare Einkommen vieler Haushalte abnahm. Diese Entwicklung wird zusätzlich verstärkt, wenn zudem die Beiträge für die obligatorische Krankenversicherung (OKP) berücksichtigt werden. Die Gesundheitskosten steigen nämlich laufend und die Versicherten bezahlen immer höhere Prämien.

Kostenexplosion

Die OKP-Beiträge bilden einen zentralen Kostenpunkt im Haushaltsbudget, werden vom Konsumpreisindex, mit dem das Realeinkommen ermittelt wird, allerdings nicht abgedeckt. Wie viel Geld den Haushalten am Ende des Monats übrig bleibt, wird durch folgende Zahlen daher nochmals drastisch nach unten korrigiert: Während der Brutto-Medianlohn von 2010 bis 2020 lediglich um 9 Prozent anstieg, erhöhte sich die durchschnittliche OKP-Prämie im selben Zeitraum um mehr als 25 Prozent. Heute bezahlen die Versicherten rund 60 Prozent mehr für die obligatorische Krankenversicherung als noch im Jahr 2007. Mit den, wenn überhaupt, nur leicht steigenden Löhnen lassen sich die stark steigenden Kosten für Miete, Lebensmittel, Freizeitangebote und natürlich Krankenkassenprämie schon lange nicht mehr finanzieren. Das Ergebnis: Ende des Monats bleibt weniger im Portemonnaie oder auf dem Konto als noch vor einigen Jahren. Das Wirtschaftswachstum kommt zu einem grossen Teil nicht dort an, wo es die letzten Jahre und Jahrzehnte erarbeitet wurde.

Problematische Kopfprämien

Neu ist das Problem der wachsenden Prämienlast nicht. Seit es das Krankenkassenobligatorium gibt, mussten immer wieder Massnahmen zur Eindämmung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen und zum Schutz der davon Betroffenen ergriffen werden. Etwa durch die Einführung von Kostenbeteiligung und Prämienverbilligungen⁴. Nachhaltig verändert hat sich allerdings dennoch nichts. Besonders schmerzhaft spüren das die Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen. Das liegt in erster Linie daran, dass Liechtenstein keine einkommensabhängige Finanzierung der Gesundheitskosten kennt. Ein System, das in allen OECD-Ländern mit Ausnahme der Schweiz längst Praxis ist. Während in fast allen EU-Staaten rund 80 Prozent der Gesundheitsausgaben über Steuern und/oder Lohnbeiträge finanziert werden, sind es in Liechtenstein nur rund 20 Prozent. Die Prämien decken weitere 50 Prozent. Auf die Kostenteilung mit Dritten entfallen knapp 6 Prozent. Die restlichen 14 bis 16 Prozent der Gesundheitsausgaben finanzieren die Patient:innen über Selbstzahlungen⁵. In der

obligatorischen Grundversicherung zahlt nämlich jede versicherte Person zunächst eine Franchise für ihre Behandlungskosten. Konkret heisst das, dass pro Jahr ein bestimmter Betrag selbst finanziert wird, bevor die Krankenkasse die Leistungen trägt. Um die Prämienlast zu mindern, wählen Personen mit geringem Einkommen oft die höchstmögliche Franchise. Damit sinken die monatlichen Versicherungsbeiträge, der Betrag pro Jahr, der selbst bezahlt werden muss, wird aber höher. Das führt im Krankheitsfall mitunter dazu, dass die anfallenden Kosten noch schlechter finanziert werden können und im schlimmsten Fall gänzlich von einer notwendigen medizinischen Behandlung abgesehen wird. Kurz: Die hohen Prämien führen dazu, dass Menschen Ärzt:innen- und Spitalbesuche vermeiden, weil sie eine hohe Franchise gewählt haben, um den hohen Prämien entgegenzuwirken.

Ungleiche Verteilung

Um Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen zu entlasten, bräuchte es also eine gerechtere Verteilung der Kosten.

Liechtenstein ist neben der Schweiz das einzige Land in Europa mit einer Kopfprämie. Überall sonst müssen die Menschen nur so viel für die Grundversorgung zahlen, wie es ihr Einkommen und ihr Vermögen zulassen. Mittels Prämienverbilligungen wird das System in Teilen doch noch erwerbsabhängig gestaltet: Damit die obligatorischen Krankenkassenbeiträge Versicherte mit besonders geringem Einkommen nicht in die Armut treiben, werden staatliche Ergänzungsleistungen gezahlt. Der Staat subventioniert damit also die OKP-Prämien für Personen, die sich die Krankenversicherung überhaupt nicht leisten können. Alle anderen Versicherten bezahlen gleich hohe Prämien, ohne Rücksicht auf den individuellen Finanzhaushalt.

Am stärksten treffen die Kopfprämien den Mittelstand, der keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung hat und entsprechend prozentual am meisten vom Erwerb für die OKP aufwenden muss. Der Bevölkerungsteil, der durch steigende Prämien und höhere Konsumpreise in eine finanzielle Notlage gerät, wächst. Gemäss Armutsbericht ist die Zahl der armutsgefährdeten Haushalte seit 2004 von 11 Prozent auf 17,1 Prozent gestiegen⁶. Durch die Kopfprämien systematisch bevorzugt hingegen sind Personen mit hohem Erwerb. Das widerspricht nicht nur dem Solidaritätsgedanken, sondern befeuert auch die Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft. Und diese ist in Liechtenstein ohnehin sehr gross: Im europäischen Vergleich der Ungleichverteilung von Einkommen schneidet Liechtenstein bedenklich schlecht ab. Von den EWR-Staaten zeigen nur Lettland, Litauen und Bulgarien eine noch ungleichere Einkommensverteilung⁷.

Wie weiter?

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken und eine grössere soziale Krise abzuwenden, ist eine solidarische Verteilung der Gesundheitskosten dringend notwendig. Es gilt unbedingt zu verhindern, dass sich zunehmend mehr Menschen in Liechtenstein eine angemessene medizinische Grundversorgung nicht mehr leisten können. Schliesslich misst sich die Stärke der Gesellschaft am Wohl der Schwächsten. Aus Sicht der Initiant:innen ist die Einführung der erwerbsabhängigen Krankenkassenprämie, wie bereits im Jahr 2016 gefordert, die dafür am besten geeignete

Massnahme. Da die Krankenversicherung in Liechtenstein obligatorisch ist und somit einen beinahe steuerlichen Charakter aufweist, ist es gerechtfertigt, das System um die soziale Komponente der Erwerbsabhängigkeit zu erweitern. Das entspricht nicht zuletzt dem in Artikel 24 der Verfassung verankerten Grundsatz, dass Personen mit höherem Einkommen und Vermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden sollen. Positiv könnte sich die Umstellung ausserdem auf das Staatsbudget auswirken, da die Auszahlung der Prämienverbilligung und der damit verbundene Verwaltungsaufwand mit ihr entfällt.

Die Initiative für erwerbsabhängige Krankenkassenprämien verfolgt das Ziel, dem Landtag und indirekt der Regierung den Auftrag zu erteilen, die Beiträge in der Grundversicherung so auszugestalten, dass das Einkommen und Vermögen bei der Berechnung berücksichtigt werden. Eine finale Umsetzung der Forderung wird mit dem direktdemokratischen Mittel der einfachen Initiative nicht definiert. Die Initiant:innen haben sich explizit dazu entschieden, alle im Landtag vertretenen Parteien in den Ausarbeitungsprozess einzuladen. Bei der Frage danach, wie eine gerechtere Verteilung der Gesundheitskosten aussehen soll, sind eine überparteiliche Lösung und überparteiliche Ansätze gefragt.

Jetzt geht es vorerst also ausschliesslich um einen Grundsatzentscheid der Stimmbürger:innen. Die Krux der einfachen Initiative ist allerdings, dass eine Volksabstimmung (auch nach der erfolgreichen Unterschriftensammlung) bei einem negativen Landtagsbeschluss nicht garan-

tiert ist. Damit die Politik die Dringlichkeit unserer Forderung erkennt, braucht es schon vor der allfälligen Landtagsdiskussion eine breite Allianz in der Zivilbevölkerung. Wir bitten deshalb alle, die ein Zeichen gegen die aktuellen Entwicklungen setzen wollen, sich aktiv an der Unterschriftensammlung zu beteiligen. Dafür haben wir dieser Ausgabe bereits einen frankierten Unterschriftenbogen beigelegt, weitere können auf www.praemien.li heruntergeladen werden.

⁴ Hilmar Hoch, «Krankenversicherung», Stand: 31.12.2011, in: Historisches Lexikon des Fürstentums Liechtenstein online (eHLFL), URL: <https://historisches-lexikon.li/Krankenversicherung>, abgerufen am 15.5.2024. | ⁵ Gesundheitsausgaben 2021. Seite 6. Amt für Statistik. | ⁶ Armutsgefährdung und Armut 2020. Seite 54. Amt für Statistik. | ⁷ Armutsgefährdung und Armut 2020. Seite 13. Amt für Statistik.

Tatjana As'Ad
Co-Geschäftsstellenleiterin



Tatjana arbeitet seit 2021 auf der Geschäftsstelle der Freien Liste. Sie unterstützt den Vorstand und die Fraktion bei der politischen Arbeit und ist verantwortlich für die Kommunikation. Chancengerechtigkeit und intersektionale Gleichstellung beschäftigen sie sowohl beruflich als auch privat.

Testimonials der Gemeinderät:innen



Andrea Hoch, Gemeinderätin in Triesen

«Jahrelang beharrte die Regierung auf ihrer Einschätzung, in Liechtenstein gäbe es keine Armut. Der 2023 erschienene Armutsbericht hat aufgezeigt, dass drei Prozent der Bevölkerung in Liechtenstein unter der Armutsgrenze leben. Dazu kommen 14 Prozent, welche als armutsgefährdet gelten. Sie verfügen zwar über ein geregeltes Einkommen, aber über keinerlei finanzielle Reserven. Eine Zahnarztrechnung oder eine schwere Erkrankung bringen diese Personen und Familien unmittelbar in arge Bedrängnis. Erwerbsabhängige Krankenkassenprämien bedeuten nicht nur eine finanzielle Entlastung für die einkommensschwächere Bevölkerung. Sie stellen auch sicher, dass alle Menschen in unserem Land den gleichen Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung haben.»



Eva-Maria Nicolussi Vogt, Gemeinderätin in Schellenberg

«Es entspricht meiner festen Überzeugung, dass in der aktuellen Situation, in der die immens gestiegenen Krankenkassenprämien die finanziellen Ressourcen aller Bevölkerungsgruppen massiv belasten – insbesondere den ohnehin stark beanspruchten Mittelstand – dringend eine einkommensabhängige Krankenkassenprämie eingeführt werden sollte. Eine solche Massnahme wäre nicht nur dringend erforderlich, sondern auch ein bedeutender Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Sie würde sicherstellen, dass die Lasten der Gesundheitskosten fairer verteilt werden und alle Menschen entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gesundheitssystems beitragen. In dieser herausfordernden Zeit ist eine einkommensabhängige Beitragsgestaltung nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken und die finanzielle Belastung gerechter zu verteilen.»



Jakob Becker, Gemeinderat in Vaduz

«Die einkommensabhängige Krankenkasse in Liechtenstein würde die Kostenlast gerechter verteilen, indem sie sicherstellt, dass alle Bürger:innen proportional zu ihrem Einkommen beitragen. Dies würde bedeuten, dass die tatsächliche finanzielle Belastung für Personen mit niedrigerem Einkommen sinkt, während diejenigen mit höherem Einkommen einen faireren Anteil tragen. Eine solche Umstrukturierung würde dazu beitragen, die soziale und finanzielle Belastung für alle gleichmässiger zu gestalten und somit eine gerechtere Gesellschaft fördern.»



Julia Strauss, Gemeinderätin in Balzers

«Von einer erwerbsabhängigen Krankenkasse würde die Mehrheit der Liechtensteiner:innen profitieren. Sich Lebensmittel, Transportkosten, Freizeit, Gesundheitsversorgung und vieles mehr leisten zu können, wird für viele immer weniger selbstverständlich. Es sollte in einem demokratischen, reichen und sozialen Staat nicht darüber diskutiert werden müssen, wer wie in welchem Masse Zugang zu angemessener Grundversorgung haben darf. Wollen wir uns alle gemeinsam für eine gerechte Gesundheitsversorgung, die für jeden ähnlich erschwinglich ist, einsetzen, kommen wir an der erwerbs- und vermögensabhängigen Krankenkassenprämie nicht vorbei. Und das sollte weder Neid noch Unverständnis, sondern ein Kollektivgefühl hervorrufen.»



Loris Vogt, Gemeinderat in Schaan

«Eine gerechte Kostenverteilung der Krankenkassenprämien nach Einkommen würde die finanzielle Belastung sinnvoll an die Lebenslage anpassen. Junge Menschen mit Familien verfügen meist über weniger finanzielle Mittel und sollten entsprechend auch weniger bezahlen. Ältere Menschen mit mehr Berufserfahrung verdienen in der Regel mehr und haben oft geringere Ausgaben. Sie können sich daher stärker an den Kosten beteiligen, ohne dass ihr frei verfügbares Einkommen zu sehr leidet. Erwerbsabhängige Prämien entlasten die Haushalte nicht nur finanziell, sie schaffen auch Planungssicherheit bezüglich der Ausgaben. Weil die Beiträge an den allgemein verfügbaren Erwerb gekoppelt sind, wächst ausserdem der Ansporn, nach Lösungen zu suchen, die die gesamthaft steigenden Gesundheitskosten langfristig eindämmen können.»



Mehr Prävention im Gesundheitswesen

Patrick Risch
Landtagsabgeordneter

Der Begriff «Krankenversicherung» spricht für sich: Der Fokus liegt auf der Krankheit, nicht auf Gesundheit. Unser Krankenversicherungsgesetz kümmert sich primär darum, wer im Krankheitsfall behandeln darf und wieviel Leistungserbringende dafür verlangen können.

Niemand bestreitet, dass die Programme der Suva zur Vermeidung von Unfällen Sinn machen. Dank Präventivmassnahmen können Unfälle und deren Folgen, körperliche und seelische Leiden, vermieden werden. Dass solche Massnahmen und Vorschriften zum Wohle aller gelten, ist allgemein akzeptiert und wird kaum in Frage gestellt. Mit dem Gedanken, dass ein ähnlicher Ansatz auch im Krankenversicherungsgesetz aufgenommen werden könnte, tun sich hingegen viele schwer. Dabei wären Massnahmen, die verhindern, dass Menschen krank werden ebenso sinnvoll und sollten zumindest teilweise in der Grundversicherung mitbezahlt werden. Letztendlich könnte das die überbordenden Kosten im Gesundheitswesen massiv senken. Ernährungsberatung, Abos für Bewegungskurse, Fitnessabos oder regelmässige Checkups bei Fachärzt:innen, Physio- oder Ergotherapeut:innen könnten langfristige Risiken frühzeitig eindämmen.

Heute bezahlt die obligatorische Krankenversicherung nichts an die Präventionsmassnahmen einer Person. Sich regelmässig bewegen, funktionierende Methoden der Stressbewältigung finden und auf ausgewogene Ernährung achten, liegt in der Eigenverantwortung. Für das dafür notwendige Wissen und die vorausgesetzten zeitlichen und finanziellen Ressourcen muss jede:r selbst aufkommen. Die, die dem aus verschiedenen Gründen nicht nachkommen (können), finden sich wahrscheinlicher mit körperlichen oder psychischen Beschwerden in einer Ärzt:innenpraxis wieder. Darauf folgt nicht selten eine Überweisung zur akuten Symptombehandlung in Form von begrenzten Therapieterminen. Eine langfristige Anpassung der Gewohnheiten, die die Ursachen bekämpft, ist in der begrenzten Zeit oft nicht möglich.

Ernährung als Hebel

Wer kennt sie nicht, die Tage, an denen ein Termin den nächsten jagt und die Zeit zu knapp ist, um sich auch noch um frisch zubereitetes, ausgewogenes Essen zu kümmern? Was für die einen eine Ausnahme-situation bleibt, ist für andere leider ein alltäglicher Konflikt. Auch bei uns gibt es Familien, bei denen jede Mahlzeit ein Balanceakt zwischen Zeit und Geld bedeutet. Das sind Eltern, die Vollzeit (und noch

mehr) arbeiten müssen, damit der Kühlschrank überhaupt gefüllt werden kann. Eltern, denen die Lohnarbeit die Zeit frisst, die selbstgekochtes Essen kostet. Wenn der Mittagstisch schnell und dazu günstig befüllt werden muss, landet leider oft auch Ungesundes auf den Tellern. Fertiggerichte aus dem Tiefkühler, Convenience- und Ersatzprodukte enthalten viele Zusatzstoffe, sind meist hochverarbeitet, übersalzen und überzuckert. Gesundere Alternativen dazu sind oft deutlich teurer.

Stellen sich ernährungsbedingte Gesundheitsprobleme, wie etwa Diabetes, Adipositas oder Herz-Kreislaufbeschwerden ein, muss mit teurer Behandlung gegengesteuert werden. Die genannten Krankheiten verursachen über das menschliche Leid hinaus rund 80 Prozent der Gesundheitskosten in der Schweiz. Eine ausgewogene Ernährung ist also ein zentraler Bestandteil der Gesundheitsförderung. Andere Länder haben das bereits erkannt und Massnahmen ergriffen: Seit sechs Jahren gibt es beispielsweise eine Zuckersteuer in Grossbritannien. Mit gesetzlichen Vorschriften konnte so der Zuckergehalt in Süssgetränken wirksam reduziert werden. Seither wurde eine Abnahme der Fettleibigkeit bei Kindern festgestellt. Auch Liechtenstein sollte eine Zuckersteuer für Lebensmittel ernsthaft in Betracht ziehen. Bei Tabak und Alkohol wird bereits eine Steuer erhoben, die Volksdroge Zucker bleibt bisher verschont. Mit den daraus generierten Steuereinnahmen kann immerhin ein Teil der durch einen missbräuchlichen Konsum der Genussprodukte verursachten Kosten bezahlt werden.

Hin zur Gesundheitskasse

Wir sollten radikal umdenken. Wir müssen weg vom Krankheitsdenken und hin zu einer Gesundheitskasse. Denn über 80 Prozent der nicht-infektiösen Krankheiten wie Herz-Kreislaufbeschwerden oder Diabetes Typ II könnten durch eine konsequent gesündere Lebensführung verhindert werden. Mittel- bis langfristig könnte uns ein präventiver Ansatz in der Gesundheitspolitik also viel Leid und Geld ersparen. Viele mögen nun argumentieren, dass es in der Eigenverantwortung des/der Einzelnen liegt, auf Bewegung und Ernährung zu achten. Ich bin überzeugt, dass das erstens zu kurz gegriffen ist und wir zweitens einen kritischen Wendepunkt bereits überschrit-

ten haben. Es gibt Betroffene, die schlichtweg nicht über das nötige Wissen verfügen. Mitunter fehlen die zeitlichen oder finanziellen Ressourcen und Zugänge, um sich dieses anzueignen oder danach zu handeln. Im Bildungswesen muss Gesundheitskompetenz deshalb unterrichtet und nachhaltig vermittelt werden, was eine gesunde Lebensweise beinhaltet und wie diese in der Praxis aussieht. Präventionsangebote müssen flächendeckend und gut koordiniert angeboten werden. Es braucht Anreize für Sport, Bewegung und einen gesunden Lebensstil. Dabei sollten alle miteinbezogen werden: Anbieter aus dem Gesundheitswesen, Ernährungsberater:innen, Ergotherapeut:innen, Bewegungsspezialist:innen. Auch Arbeitgebende sollten über betriebliche Gesundheitsmanagements ihren Beitrag leisten. Schliesslich sind sie auf das physische und psychische Wohlergehen der Arbeitnehmer:innen angewiesen.

Die Politik sollte den Wandel von Kuratation zu Prävention im Gesundheitswesen mit starken Impulsen vorantreiben. Das beinhaltet auch, dass die Grundkostenversicherung mehr an den präventiven Massnahmen übernimmt.

Patrick Risch
Landtagsabgeordneter



Patrick ist Landtagsabgeordneter und Fraktionssprecher der Freien Liste. In seiner politischen Laufbahn hat er sich vermehrt für gesundheitsfördernde Politik eingesetzt. Zahlreiche Vorstösse der Fraktion der Freien Liste zielen implizit und explizit darauf ab: Klimaschutzmassnahmen, eine Infrastruktur, die Bewegung in den Alltag integriert oder nachhaltige Ernährung in öffentlichen Kantinen dienen allesamt dem körperlichen Wohlergehen.

Klimaschutz ist ein Menschenrecht!

Manuela Haldner-Schierscher

Landtagsabgeordnete und Vorstandsmitglied

Weshalb Klimapolitik in einer immer heisser werdenden Welt auch eine Frage der Gerechtigkeit ist.

Kann ein Staat Menschenrechte verletzen, wenn er nicht genügend gegen die Klimaerwärmung tut? Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat erstmals eine Klimaklage entschieden und die Schweiz wegen unzureichender Klimaschutzmassnahmen verurteilt. Dieses Urteil ist in zweierlei Hinsicht historisch: Zum einen erkennt der EGMR Klimaklagen als legitimes Mittel an, um staatliches Versagen im Klimaschutz rechtlich anzugreifen. Zum anderen wurde erstmals einem Verband, den sogenannten «Klimaseniorinnen», das Klage-recht vor dem EGMR zugesprochen. Die Klage basiert auf der Argumentation, dass

der Klimawandel die Menschenrechte bedroht, insbesondere das Recht auf Privat- und Familienleben.

Warum ist Klimaschutz ein Menschenrecht? Weil das Recht auf Leben, Gesundheit und ein würdevolles Dasein ohne effektiven Klimaschutz nicht gewährleistet werden kann. Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) garantiert uns das Recht auf Privat- und Familienleben. Dieses Recht ist untrennbar mit einer intakten Umwelt und einem lebensfreundlichen Klima verbunden. Die Richter:innen des EGMR haben dies deutlich gemacht, indem sie feststellten, dass die fortschreitende Kli-

makrise, insbesondere die extremen Hitzewellen, eine direkte Bedrohung für unser Leben, unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden darstellt.

Es ist besonders relevant, dass ältere Frauen geklagt haben, weil sie eine Bevölkerungsgruppe repräsentieren, die oft übersehen oder marginalisiert wird. Ihre Klage lenkte die Aufmerksamkeit auf die spezifischen Risiken, denen ältere Menschen, insbesondere Frauen, durch die Klimaerhitzung ausgesetzt sind. Indem sie als Klägerinnen auftraten, haben sie gezeigt, dass die Auswirkungen des Klimawandels nicht nur eine abstrakte Bedrohung für zukünftige Generationen bedeuten. Vielmehr geht davon eine konkrete, gegenwärtige Gefahr für die Gesundheit und das Leben verletzlichster Bevölkerungsgruppen aus.

Hitze ist eine leise, aber lebensbedrohliche Gefahr für die Gesundheit. Gefährdet sind besonders ältere Menschen, insbesondere Frauen, weil sie geringere Fähigkeiten haben, ihre Körpertemperatur zu regulieren; Kinder und Säuglinge, deren Körper die Hitze weniger effizient regulieren können und deshalb besonders empfindlich auf Hitzewellen reagieren; Personen mit Vorerkrankungen; Menschen in Armut, die keinen Zugang zu Klimaanlagen oder Hitzeschutzräumen haben; Arbeitskräfte im Freien, die extremen Temperaturen direkt ausgesetzt sind; Bewohner:innen von dicht besiedelten und versiegelten Gebieten, weil sich dort Wärmeinseln bilden, die die Auswirkungen von Hitzewellen noch verstärken.

The Guardian vermeldete am 14. August, dass in diesem Jahr weltweit eine noch nie da gewesene Anzahl von

Hitzerekorden gebrochen wurde. Die Anzahl der Hitzerekorde selbst ist ein Rekord. Wir befinden uns heute in der möglicherweise kühleren Zeit für den Rest unseres Lebens. Und diejenigen, die cool sagen: «Die Sommer waren früher auch heiss», ignorieren, dass das heutige Klima im Kontext der menschlichen Zivilisation beispiellos ist. Im The Guardian ist ebenfalls nachzulesen, dass es seit mindestens 125'000 Jahren nicht mehr so heiss war. Das liegt länger zurück als die letzte Eiszeit und damit «spielen wir mit einem Thermostat, der uns aus einem Fenster drängt, in dem wir uns während der gesamten menschlichen Zivilisation befunden haben». Es ist erschütternd, mit welcher Gelassenheit dieser Ritt Richtung Hitzehölle grossmehrheitlich von Gesellschaft, Politik und den Medien hingenommen wird. Diese Gleichgültigkeit gegenüber der dringenden Notwendigkeit, den CO₂-Ausstoss radikal zu reduzieren, zeigt sich in der zögerlichen und unzureichenden Umsetzung von Klimaschutzmassnahmen, wodurch wir uns unaufhaltsam auf irreversible Klimaveränderungen zubewegen.

Klimaaktivist:innen, die mit faktenbasierten und wissenschaftlich fundierten Argumenten den Finger in die Wunde legen, stossen auf erheblichen Widerstand. Die «Feuermelder einer schlafwandeln Gesellschaft», wie sie Reinhard Steuer, Wissenschaftler an der BOKU Wien, bezeichnet, wurden so lange diffamiert, als nervender Störfaktor der öffentlichen Ordnung betrachtet oder kriminalisiert, bis sie aufgegeben haben. Das Urteil zur Klage der Klimaseniorinnen hat ebenfalls für erhebliche Kontroversen gesorgt. Kritisiert als übermässiger Eingriff in die nationale Souveränität, wurde von rechtskonservativen Politiker:innen trotzig verkündet, dass die Schweiz das Urteil ignorieren werde. Der Vorwurf, dass dadurch ein Präzedenzfall geschaffen werde, der zu weiteren Klagen gegen Staaten und zu überzogenen Klimaschutzmassnahmen (sic!) führen könnte, zeigt deutlich, wie tief verankert die strukturellen Widerstände gegen transformative Massnahmen zum Schutz des Klimas und damit zum Schutz der Gesundheit aller sind.

Das Tempo, mit dem wir notwendige Massnahmen zum Klimaschutz umsetzen, ist entscheidend. Es geht nicht mehr nur darum, zukünftigen Generatio-

nen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen – es geht darum, unsere eigene Lebensgrundlage zu schützen. Globale Klimagerechtigkeit bedeutet, sicherzustellen, dass alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere die Verletzlichsten, Zugang zu den notwendigen Ressourcen, Technologien und Strategien haben, um die lebensbedrohlichen Auswirkungen extremer Hitze effektiv zu bewältigen und um langfristig überleben zu können. Hitzewellen bringen Menschen auf der ganzen Welt in Lebensgefahr oder ums Leben. Dies auf eine äusserst ungerechte und undemokratische Weise, da diejenigen, die am heftigsten betroffen sind, weder die Ursachen zu verantworten haben noch die Möglichkeit hatten, sich dagegen zu entscheiden.

Wir stehen vor einer historischen Verantwortung und es liegt in unserer Hand, die Weichen für eine Zukunft zu stellen, in der das Recht auf Lebensqualität und Gesundheit für alle gewährleistet ist. Klimagerechtes Handeln ist eine Haltung und eine Frage des Willens. Klimaschutz ist ein Menschenrecht und keine Ideologie. Es ist unsere Pflicht, dieses Recht zu verteidigen und einzufordern, endlich ins Handeln zu kommen.

Manuela Haldner-Schierscher
Landtagsabgeordnete und
Vorstandsmitglied



Manuela ist Landtagsabgeordnete und seit August 2021 Vorstandsmitglied der Freien Liste. Dort ist sie zuständig für das Ressort Politik. Sozialverträgliche Klimapolitik liegt ihr besonders am Herzen.

Art. 8 der EMRK

garantiert das Recht auf
Privat- und Familienleben und
macht Klimaschutz damit
zum Menschenrecht

mindestens
125'000
Jahre

ist es her, seit es das letzte Mal
so heiss war

um
37,5
Grad
Celsius

ist der enge Korridor, indem sich
Menschen bewegen

7
Millionen
vorzeitige Todesfälle jährlich
aufgrund der zunehmenden
Luftverschmutzung



Manuela Haldner-Schierscher mit Pia Hollenstein, Vorstandsmitglied der Klimaseniorinnen und Alt-Nationalrätin, beim Austausch im Liechtensteiner Landtag.

Wir haben einen medizinischen Notfall: Die Klimakrise

Sandra Fausch

Stellvertretende Landtagsabgeordnete

Die Klimakrise sorgt nicht nur dafür, dass Starkwetterereignisse und ihre teils verheerenden Folgen für Mensch und Infrastruktur zunehmen. Der Klimawandel verschlechtert zusehends auch die Gesundheit vieler Menschen massiv. Höchste Zeit, den medizinischen Notfall nicht länger im Wartezimmer sitzen zu lassen.

Es ist schon erstaunlich, wie wenig die weltweiten Weckrufe von Ärzt:innen über die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise in der Gesellschaft durchdringen. Auch von der Politik werden die Warnungen kaum beherzigt. Dass wir gekonnt unsere Augen und Ohren verschliessen, ist der Klimakrise aber egal. Sie macht praktisch vor keinem Organ halt. Zahlreiche Erkrankungen werden vom Klimawandel beschleunigt oder sind darauf zurückzuführen.

Je mehr fossile Brennstoffe wir entzünden, desto grösser werden auch die Brandherde in unseren Körpern. An den Ausstossen, die wir so produzieren, ersticken wir nicht nur sprichwörtlich: Atemwegs- und Lungenerkrankungen nehmen zu. Jährlich sind weltweit 7 Millionen vorzeitige Todesfälle auf die zunehmende Luftverschmutzung zurückzuführen. Von einer «Luftverschmutzungspandemie» war allerdings nie die Rede. Auch Blütenpollen, die an sich keine Gefahr für Menschen darstellen, werden zunehmend zum gesundheitlichen Brandherd. Befeuert durch die Umweltbelastung, steigt die Zahl der Allergiker:innen. Wer betroffen ist, spürt am eigenen Leib, dass die Pollenphase immer länger wird. Wenn es

dann auch noch gewittert, verschärft sich das Problem: Die elektrostatische Aufladung in der Luft lässt Pollen in noch feinere Bestandteile platzen, die besonders tief in die Lunge eindringen. Chronisches Asthma ist für viele auf Kurz oder Lang die Folge. Dass sich invasive Pflanze Ambrosia durch den Klimawandel weiter ausbreitet, hilft dabei überhaupt nicht. Und nicht nur die Ambrosia erfreut sich an den neuen klimatischen Bedingungen. Immer wärmer werdende Gewässer bieten Laborbedingungen für Krankheitserreger. Während unserem Darm und den heimischen Fischen dadurch Gefahr droht, findet die asiatische Tigermücke in warmen Pfützen den perfekten Brutort. Unternehmen wir nichts, kann das kleine Tier zum Überträger tropischer Krankheiten werden und damit grossen Schaden anrichten. Insbesondere im Tessin wird mit viel Aufwand gegen ihre weitere Ausbreitung angekämpft. Für das Herz-Kreislaufsystem ist und wird Hitze eine zunehmende Herausforderung. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass sich Menschen in einem engen Temperatur-Korridor um 37,5 Grad Celsius bewegen. Den gilt es zu erhalten, sonst ist Schluss. Schliesslich ist uns auch

allen wohlbekannt, dass ein Ei, das einmal gekocht wurde, gekocht bleibt. Deshalb lohnt sich jede hitzige Diskussion darum, wie wir das 1,5-Grad-Ziel erreichen.

Wenn die Umwelt krankt, dann kranken also auch wir. Die Diagnose ist ernst, aber noch nicht terminal. Wir haben mit der Mobilität, der Ernährung und der Energiewende drei wesentliche Stellschrauben, um die Klimakrise wirksam anzugehen. Die Freie Liste hat bereits verschiedene Lösungen für die besagten Stellschrauben präsentiert und wird das weiterhin tun. Für uns ist klar: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Den medizinischen Notfall im Wartezimmer zu belassen, wird schmerzhaft und teuer. Das sollten wir bei Diskussionen rund um die Senkung der Gesundheitskosten, über die Erreichung der Energiewende oder zur Gestaltung von Kantinen der öffentlichen Hand mitdenken und danach handeln.

Sandra Fausch
Stellvertretende
Landtagsabgeordnete



Sandra ist stellvertretende Landtagsabgeordnete der Freien Liste. Als Umweltingenieurin liegen ihr ökologische Landwirtschaft und der ressourcenschonende Umgang mit unserer Natur besonders nahe. Das ist kein Selbstzweck, sondern direkt förderlich für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen.

«Pink Tax» und reale Steuerungerechtigkeit

Tamara Lanz

Mitglied der Jungen Liste

Insbesondere für Gesundheitsartikel, Kosmetik- und Hygieneprodukte werden Frauen oft stärker zur Kasse gebeten, als Männer. Ein Fakt, der auf strukturelle Ungerechtigkeit zurückzuführen ist.

Wer einen Rasierer aus der Damenabteilung kauft, zahlt oft mehr, als ein vergleichbares Produkt für Männer kostet. Erst kürzlich hat das Pharmaunternehmen Sanofi das Medikament «Buscopan Plus Pink» auf den Markt gebracht. Das krampflösende Schmerzmittel richtet sich gemäss Hersteller speziell an Personen, die unter Menstruationsbeschwerden leiden. Eine Gewinn für alle, die die monatlichen Regelschmerzen kennen, könnte man meinen. Wie sich herausstellt, ist das leider ein Trugschluss: Ausser der neuen, pinken Verpackung und dem Preis hat sich im Vergleich zum altbekannten «Buscopan Plus» in grün nämlich nichts verändert. Der Wirkstoff ist exakt derselbe, trotzdem kostet das vermeintlich neue Produkt aber ganze 17 Prozent mehr. Die Praxis, dass Preise geschlechtsspezifisch festgesetzt werden und Produkte oder Dienstleistungen mit einem rosa Anstrich (aka für Frauen*) durchschnittlich teurer sind, nennt sich «Pink Tax».

Die Pink Tax ist nur ein Aspekt einer umfassenderen Problematik, die darauf beruht, dass Geschlechterdifferenzen ökonomisiert werden und so zu einer ungleichen Gesellschaft beitragen. Im grösseren Kontext wird dieser Vorgang auch «Pinkonomics» genannt und ist intersektional zu verstehen. Das Konzept umfasst also nicht nur Geschlecht, sondern auch Kate-

gorien wie Einkommensschicht, «Race», Ethnizität oder Alter. Innerhalb der Pinkonomics können im Wesentlichen drei Dimensionen unterschieden werden: pinke (Care-)Arbeit, pinke Produktion und pinker Konsum. Zu den ersten zwei Dimensionen gäbe es wahnsinnig viel zu schreiben – etwa über die Care-Arbeit, die von Frauen unbezahlt geleistet und von der Gesamtgesellschaft unsichtbar gemacht wird. Oder darüber, wie durch Stereotypen und Sozialisierung «typische Frauenberufe und -branchen» entstehen, die strukturell unterbezahlt sind. An dieser Stelle möchte ich aber nochmals auf die Konsumseite zu sprechen kommen: Nicht nur über die Pink Tax, sondern auch durch gesetzlich verankerte Steuern werden Ungerechtigkeiten befeuert. Für Menstruationsartikel gilt heute nämlich der Mehrwertsteuersatz von 7,7 Prozent. Lebensmittel, Medikamente, Bücher und Schnittblumen hingegen werden mit 2,5 Prozent besteuert, da sie als Produkte des täglichen Bedarfs gelten. Tampons, Binden und Menstruationstassen zählen da bislang nicht dazu. Ab dem 1. Januar 2025 wird wenigstens dieser Missstand korrigiert. Artikel für die Monatshygiene werden dann endlich als Alltagsbedürfnis anerkannt und entsprechend besteuert. Und weil die Menstruation eine natürliche Funktion des Körpers

ist, soll auch der Zugang zu entsprechenden Hygieneprodukten eine Selbstverständlichkeit sein. Mit einer Petition setzt sich die Junge Liste deshalb dafür ein, dass Menstruationsartikel, wie auch Kloppapier, auf allen öffentlichen Toiletten kostenfrei zur Verfügung stehen. Wer sich dieser Forderung anschliessen möchte, kann das auf www.jungeliste.li tun.



Tamara Lanz



Tamara ist seit 2021 Teil der Jungen Liste. Nach drei Jahren der regulären Mitgliedschaft, möchte sie sich künftig noch aktiver an der Politik beteiligen und für Gleichstellung und Klimagerechtigkeit einsetzen. Seit der Generalversammlung im September 2024 engagiert sie sich deshalb als Vorstandsmitglied der Jungen Liste.

Für ein öffentlich-rechtliches Radio und Medienvielfalt

Tobias Gassner

Vorstandsmitglied und Vertreter der Jungen Liste

Wir stimmen bald über die Privatisierung des Liechtensteinischen Rundfunks ab. Die Demokraten pro Liechtenstein (DpL) argumentieren mit steigenden Kosten. Die Kritik ist berechtigt. Das Radio wird neu mit CHF 4 Mio. jährlich finanziert, gleichzeitig kämpft es seit Jahren mit sinkender journalistischer Qualität und wurde erst kürzlich von einem Mobbingskandal in der Redaktion überschattet. Das wirft kein gutes Licht auf unseren öffentlich-rechtlichen Sender.

Was die DpL bei ihrer Initiative jedoch vergisst, ist, dass Journalismus nicht einfach eine Ware ist. Vielmehr ist Qualitätsjournalismus ein zentraler Bestandteil einer funktionierenden Demokratie, ihre vierte Gewalt. Ohne eine gesunde, vielfältige Medienlandschaft ist die politische Meinungsbildung extrem eingeschränkt. Die Bedeutung journalistischer Berichterstattung wird erst recht klar, denkt man an zunehmenden Volksabstimmungen in den letzten Jahren. Indem die Medien der breiten Bevölkerung Zugang zu Informationen ermöglichen, sind und bleiben sie ein wichtiger, wenn nicht sogar der wichtigste Service Public.

Die Initiant:innen behaupten zwar, die Privatisierung würde die Existenz des Radios nicht bedrohen, das kann aber stark bezweifelt werden. Denn die Medienförderung würde nur einen Bruchteil der Kosten des Radiosenders decken. Die Initiative ignoriert die Geschichte von Radio Liechtenstein: 2003 wurde es aufgrund einer anhaltenden finanziellen Schieflage vom Staat gerettet und im Prozess verstaatlicht. Wer behauptet, Radio L könne in privater Hand seinem Auftrag als Leitmedium in Liechtenstein gerecht werden, verdreht die Fakten.

Schliesst Radio L, verliert Liechtenstein ein zweites seiner ehemals drei tagesjournalistischen Standbeine, nachdem 2023 bereits das Liechtensteiner Volksblatt aufgrund der schwierigen Marktlage den Betrieb einstellte. Radio L bliebe in der liechtensteinischen Medienlandschaft nur das Vaduzer Medienhaus übrig, wohlgehemmt ohne Radioangebot. Wie sich die Konsolidierung der Medienlandschaft auswirkt, zeigt sich im schweizerischen Lokaljournalismus. Lokalzeitungen schliessen oder werden von grossen Konglomeraten aufgekauft. Das Ergebnis ist klar ersichtlich: Die Vielfalt in der Berichterstattung stirbt. Auch wenn sich die Journalist:innen vom Liechtensteiner Vaterland nach dem Ende des Volksblatts sichtlich Mühe geben noch neutraler und vielfältiger über politische Themen zu berichten, stossen auch sie auf ihre Grenzen.

Das Radio derweil ist in seinem derzeit desolaten Zustand nicht haltbar, das stimmt. Doch anders als einen Toaster können wir es nicht einfach wegwerfen und ein neues kaufen. Schaffen wir es ab, öffnen wir über Jahrzehnte ein klaffendes Loch in unserer Medienlandschaft. Der Verwaltungsrat hat im August endlich erste Umstrukturierungsmassnahmen ergriffen. Es bleibt abzuwarten, ob diese wirklich greifen und weit genug gehen.

Es ist klar, dass an der radiointernen Kultur gearbeitet werden muss und die journalistischen Standards drastisch erhöht werden müssen. Dazu gehört auch, dass Kanäle – seien es das Radioprogramm oder die sozialen Medien – trotz allem Verständnis für die Ängste der Radiomitarbeiter:innen nicht mehr für eigene politische Kampagnen genutzt werden dürfen, wie es in der

Diskussion um die Privatisierung wiederholt geschehen ist.

Die DpL sagt, mit der Privatisierung würde das Stimmvolk ein für alle Mal bestimmen, wohin die Reise geht. Das Gegenteil ist der Fall: Mit einer Privatisierung geben die Liechtensteiner:innen beim Radio das Heft aus der Hand und sorgen für einen weiteren Abbau des ohnehin schon angeschlagenen Service Public. Die Diskussion hat aber auch etwas Gutes. Sie hat ein Momentum in die Politik gebracht, in dem die Freie Liste dafür kämpfen wird, den LRF in eine Quelle des kritischen Qualitätsjournalismus zu verwandeln.



Tobias Gassner
Vorstandsmitglied und
Vertreter der Jungen Liste



Tobias ist seit Juni 2023 im Vorstand der Freien Liste. Dort fokussiert er sich auf das Ressort Politik. Er ist ausserdem Vorstandsmitglied der Jungen Liste und fungiert als Bindeglied zwischen den beiden Gremien. Tobias studiert Politikwissenschaften und Soziologie in Basel.

Beigelegter Unterschriftenbogen

Unterstützen Sie unsere Volksinitiative
zur Einführung einer erwerbsabhängigen
Krankenkassenprämie.

www.freieliste.li
www.instagram.com/freieliste